Betreiber der Transitpipeline möchte Schweizer Anschluss ans EU-Netz

Grüner Wasserstoff Die EU will möglichst schnell eine klimaneutrale Energieversorgung aufbauen. In der Schweiz liegt noch nichts Verbindliches auf dem Tisch. Die Kritik daran wird lauter – aus der Wirtschaft und der Politik.

Stefan Häne

Ennio Sinigaglia hat einen Plan: «Ich will die Position der Schweiz stärken.» Der Mann aus Mailand ist Chef der Transitgas AG, welche die Transitgasleitung durch die Schweiz managt. Auf rund 300 Kilometern führt das Pipelinesystem von Wallbach im Aargau sowie der elsässischen Ortschaft Oltingue südwestlich von Basel ins Wallis und verbindet Deutschland, Frankreich sowie Italien – ein wichtiger Strang im Netz der europäischen Erdgasversorgung. Sinigaglia will sicherstellen, dass die Leitung ihre strategische Bedeutung in Zukunft behält.

Die Konturen dieser Zukunft zeichnen sich immer deutlicher ab: Die EU will eine klimaneutrale Energieversorgung aufbauen und setzt dabei auf grünen Wasserstoff. Für dessen Herstellung soll also nur Strom aus erneuerbaren Energien verwendet werden. Durch den Einsatz von Wasserstoff lässt sich erneuerbare Energie speichern, transportieren und zu einem späteren Zeitpunkt wieder nutzen – eine Speichertechnologie, um zum Beispiel Solarstromüberschüsse aus dem Sommer für die potenziell kritischen Wintermonate zu horten.

Hier hakt die Transitgas AG ein. Sie will sich der European-Hydrogen-Backbone-Initiative (EHB) mit Sitz in den Niederlanden anschliessen. Das ist eine Gruppe von 32 Energieinfrastrukturbetreibern aus 28 Ländern, welche die Vision eines klimaneutralen Europa eint. Bis Ende Jahr soll der Beitritt erfolgt sein, kündigt Sinigaglia an.

Das erklärte Ziel der Gruppe: Bis 2040 soll eine gesamteuropäische Wasserstoffinfrastruktur entstehen, ein rund 53'000 Kilometer langes Netz. Es soll zu einem guten Teil auf der bereits bestehenden Erdgasinfrastruktur beruhen, weil sich Wasserstoff bereits heute ins Gasnetz beimischen lässt. Für die Gruppe ist klar: Für den Aufbau des Netzes braucht es eine «enge Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und den Nachbarländern», schreibt sie.

Europas Energieministerien planen ohne die Schweiz

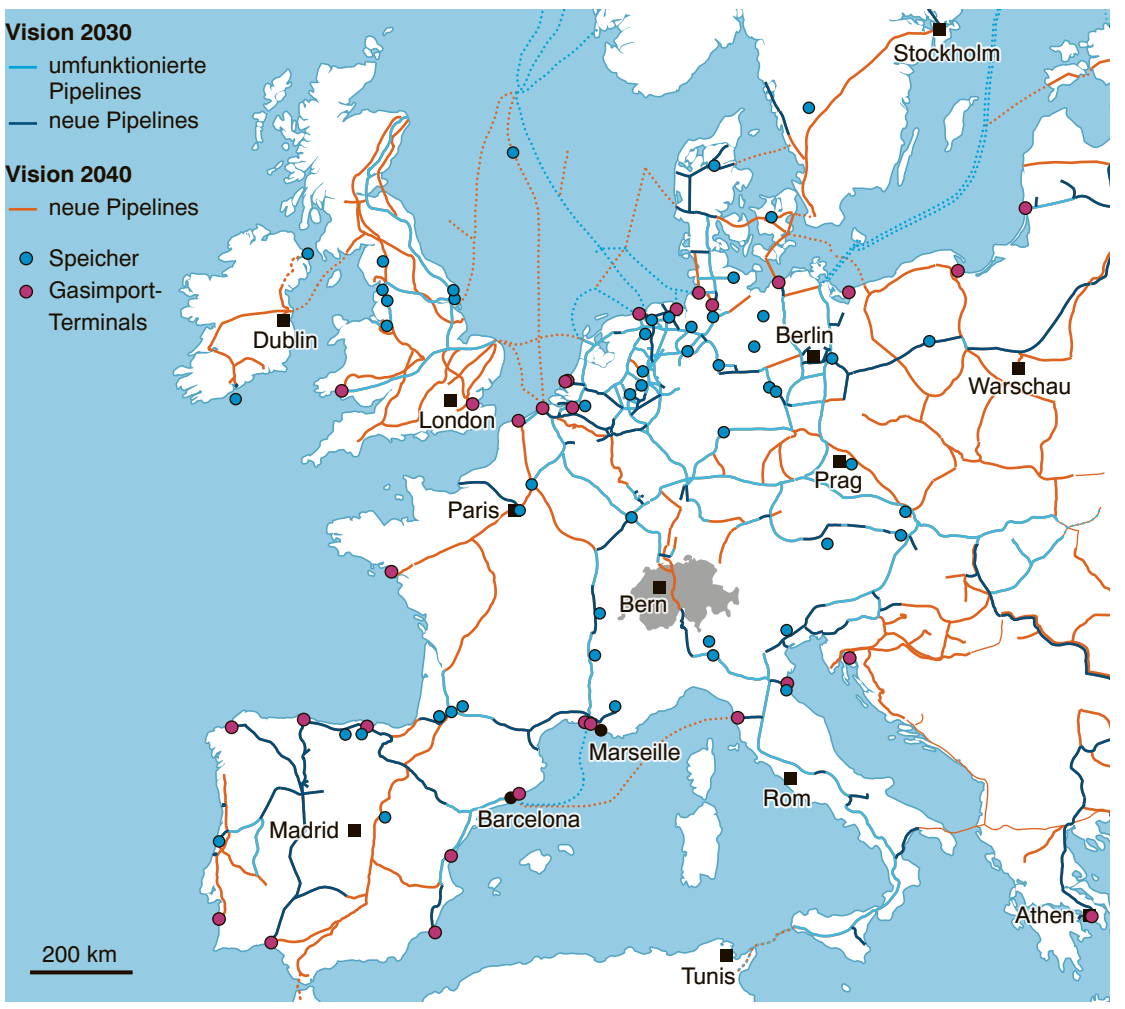
Wie das Netz im Detail aussehen soll, legt die Gruppe in einem neuen Bericht dar, der Grundlage für Gespräche mit der Politik sein soll. Dabei zeigt sich: Die Schweiz soll Teil davon werden, allerdings nicht schon 2030 wie umliegende Staaten, sondern erst 2040. Die genauen Gründe sind nicht klar. Auf eine Anfrage dieser Redaktion hat die EHB-Gruppe nicht reagiert.

Es liegt aber auf der Hand, dass die Schweiz als Nicht-EU–Mitglied in den Plänen bisher keine zentrale Rolle gespielt hat. Das hat sich zuletzt auch auf politischer Ebene gezeigt. Im Mai besiegelten die Energieministerien Italiens, Österreichs und Deutschlands ihre Unterstützung für die Entwicklung eines «südlichen Wasserstoffkorridors» in der EU. Aus dem südlichen Mittelmeerraum soll grüner Wasserstoff zu europäischen Verbrauchern gelangen – die Leitung soll östlich an der Schweiz vorbeiführen.

Deutschland und die EU wollen klimaneutral fahren, die Schweiz hinkt hinterher: Ein mit Wasserstoff betriebener Zug im deutschen Wehrheim. Foto: AP

Wasserstoff: So sieht der Plan für das Pipeline-Netz in Europa aus

32 europäische Energieinfrastruktur-Betreiber haben eine Vision für 2030 und 2040 entwickelt.



Grafik: mt / Quelle: Ehb.eu

Das ist Wasserstoff

Wasserstoff steckt in fossilen Rohstoffen wie Erdgas und Erdöl, ist aber vor allem in Wasser gebunden. Wie gut Wasserstoff für den Klimaschutz ist, hängt von seiner Herstellungsmethode ab. Dazu wird er in Farbkategorien eingeteilt. Heute dominiert grauer Wasserstoff den Markt: Gewonnen wird er aus Erdgas und Kohle. Dabei entweicht CO_2, das den Treibhauseffekt verstärkt. Grüner Wasserstoff wird aus Wasser mit Strom aus erneuerbaren Energien erzeugt und gilt als CO_2-frei. *(sth)*

Der Bundesrat scheint es nicht eilig zu haben

Transitgas-Chef Sinigaglia will nun darauf hinarbeiten, dass die EHB-Gruppe die Schweiz schon vor 2040 ins Netz integriert: «Wir wollen auf europäischer Ebene deutlich machen, dass sich die Schweiz an den Projekten für neue Wasserstoff-Backbones beteiligen will.»

Mit ihrer Offensive versucht Transitgas, ein Feld zu beackern, das die Schweizer Politik bis jetzt vernachlässigt hat. Vor drei Jahren hat die EU eine Wasserstoffstrategie initiiert. In der Folge erarbeiteten die meisten europäischen Länder nationale Umsetzungspläne. In der Schweiz dagegen liegt noch nichts Verbindliches auf dem Tisch.

Die Kritik daran ist in den vergangenen Monaten lauter geworden, zuerst aus der Wirtschaft, zuletzt von den kantonalen Energiedirektoren. Der Bundesrat, so die einhellige Forderung, solle so schnell wie möglich eine Strategie über den Einsatz von grünem Wasserstoff verabschieden.

Doch sonderlich eilig scheint es der Bundesrat nicht zu haben. Im letzten Herbst hat das Bundesamt für Energie eine Auslegeordnung zur künftigen Bedeutung von Wasserstoff in der Schweizer Energieversorgung veröffentlicht. Derzeit vertiefe das Amt diese Arbeiten, erklärt das Departement von SVP-Energieminister Albert Rösti. Die Schweiz prüfe, wo sie Wasserstoff beschaffen könne und welche Zusammenarbeit sinnvoll sei. Eine Veröffentlichung der Strategie sei für 2024 geplant.

«Werden um Import nicht herumkommen»

Die Ausgangslage ist allerdings nicht eben einfach. Weil die Schweiz nicht Mitglied der EU ist, wird sie kaum automatisch an einem EU-Binnenmarkt für Wasserstoff teilnehmen dürfen. Mit solchen Schwierigkeiten kämpft die Schweiz bereits beim Strom, wo sie seit Jahren darum ringt, mit Brüssel ein Abkommen abzuschliessen, das ihr die Teilnahme am EU-Strombinnenmarkt sichern würde.

Schweizer Energiepolitiker appellieren deshalb an Bundesrat Rösti. «Er muss das Wasserstoff-Dossier nun in die Hände nehmen», sagt FDP-Ständerat Damian Müller. Die Schweiz brauche nicht nur umgehend ein Stromabkommen mit der EU, sondern auch ein Wasserstoffabkommen, das künftige Importe sichere. Womöglich werden auch bilaterale Abkommen mit Staaten ausserhalb der EU nötig. Oman zum Beispiel hat unlängst bereits sein Interesse an Exporten in die Schweiz und andere Länder Europas kundgetan.

Auch in der Schweiz selber kann es laut Fachleuten Sinn ergeben, grünen Wasserstoff herzustellen. Die Produktion würde voraussichtlich direkt bei Laufwasserkraftwerken und bei Kehrichtverbrennungsanlagen während Phasen von tiefen Strompreisen stattfinden. «Wir werden aber nicht darum herumkommen, Wasserstoff aus Ländern zu importieren, die grosse Mengen davon zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren können», sagt Transitgas-Chef Sinigaglia. Hierzu seien die Bedingungen in anderen Ländern deutlich besser.

Wie viel eine Wasserstoffinfrastruktur in der Schweiz kosten wird, ist unklar. Sinigaglia spricht von «grossen Investitionen», Zahlen nennt er nicht. Spätestens wenn konkrete Projekte anstehen, wird sich das ändern. Der politische Streit über die Kostenaufteilung scheint programmiert: Was zahlt die Wirtschaft, was der Bund?

Eine Wahl hat die Schweiz nicht – so sieht es jedenfalls Sinigaglia: «Es ist für die künftige Energieversorgung der Schweiz von eminenter Bedeutung, dass sie umfassend in die europäische Wasserstoffinfrastruktur eingebunden wird.»

Börse

SMI
11178 Punkte
-0.3%

↗ Die Besten

Givaudan N	+0.8%
UBS Group N	+0.8%
Swisscom N	+0.6%

↘ Die Schlechtesten

Lonza N	-1.1%
Holcim N	-1.0%
Alcon N	-0.7%

Dow Jones Ind.	Nasdaq Comp.
35'412 Punkte	14'059 Punkte
+0.5%	+0.2%

Euro in Franken	0.960	-0.27%
Dollar in Franken	0.867	0.15%
Euro in Dollar	1.107	-0.42%
GB-Pfund in Franken	1.111	-0.09%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	82.47	2.7%
Gold (Unze) in Dollar	1963.90	0.0%
Silber (Unze) in Dollar	24.70	-0.4%

Julius Bär schreibt höheren Gewinn

Banken Die Julius-Bär-Gruppe hat im ersten Halbjahr den Gewinn deutlich gesteigert. Zudem konnte die Zürcher Privatbank anziehende Netto-Neugeldzuflüsse vermelden. Der Konzerngewinn lag mit 532 Millionen Franken um 20 Prozent über dem Resultat der Vorjahresperiode, wie die Bank gestern mitteilte. Der um Integrations- und Restrukturierungskosten adjustierte Gewinn legte um 14 Prozent auf 541 Millionen Franken zu. Die verwalteten Vermögen beliefen sich Ende Juni auf 441 Milliarden Franken gegenüber 429 Milliarden Ende April. Im Vergleich zum Jahresende 2022 sind die verwalteten Vermögen um 4 Prozent angestiegen. *(SDA)*

Meyer Burger baut Fabrik in den USA

Solarzellen Meyer Burger kündigt den Aufbau einer Solarzellenfabrik in den USA an. Der Chef des Solarunternehmens hatte kürzlich von Deutschland und der EU mehr Unterstützung für die Branche gefordert und wegen guter Förderbedingungen in den USA vor einer Abwanderung der Solarindustrie gewarnt. Mit einer anfänglichen Kapazität von zwei Gigawatt soll die neue Anlage in Colorado Springs (Colorado) das eigene Solarmodulwerk in Goodyear (Arizona) mit Solarzellen beliefern, teilte Meyer Burger gestern mit. Der Produktionsstart sei für das vierte Quartal 2024 geplant. *(SDA)*

SNB dürfte Verlust erlitten haben

Franken Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat nach Einschätzung von Experten im zweiten Quartal 2023 einen hohen Verlust erlitten. Die Ökonomen der UBS erwarten ein Minus zwischen 15 und 25 Milliarden Franken, wobei der stärker gewordene Franken zu einem Teil dafür verantwortlich gewesen sei dürfte. Der Start ins Jahr war der SNB mit einem Plus von 26,9 Milliarden Franken noch geglückt. Mit dem Minus für die Periode von April bis Juni wäre für die SNB damit im ersten Semester noch ein kleiner Gewinn in der Grössenordnung von 2 bis 12 Milliarden Franken zu erwarten. *(SDA)*